

werden, da er durch einen besonderen Artikel des Vertrags in Anklagezustand versetzt wird.

Beendeter Streik.

Oppeln. Nach Freilassung der durch die Marinebrigade verhafteten Räubersführer ist der Streik auf der Bismarckhütte beendet. Zugeständnisse sind nicht gemacht worden. Die Gerichte über einen Streik auf anderen Werken sind unwahr.

Die Verhandlungen in Paris.

Der Erlas für Scapa Flow.

Der Oberste Rat hat einen Bericht des Marine-Ministers George Leygues und des Wiederaufbauministers Voucheur angehört. Er verlangte von den aus Berlin geschickten Sachverständigen zu hören: 1. Über die Zahl ihrer Schwimmdocks, ihre Zahlen stimmen, besonders, was Tonnis anbelangt, nicht mit denen der Allierten überein. 2. Über die Schnelligkeit, mit der die deutschen Werften Kriegsschiffe, als Erlas für die fünf leichten Kreuzer und die Schwimmdocks herstellen können. Die Verhandlungen wurden vertagt, da es notwendig ist, diese Abweichungen aufzuklären und im übrigen die Ansicht der fremden Regierungen, besonders des britischen Kabinetts abzuwarten.

Eine weitere Sachverständigenkommission.

Zur Regelung der mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages erforderlich werdenden technischen Übergangsbestimmungen hatte die Note Clemenceaus vom 3. November zur Entsendung von bevollmächtigten deutschen Vertretern nach Paris aufgefordert. Die Kommission dafür ist gebildet worden. Die militärischen Mitglieder dieser Kommission sind zuerst abgereist, die übrigen haben jetzt gleichfalls Berlin verlassen.

Die Auslieferungsforderung.

Wie aus französischer Quelle verlautet, erregt die in der Deutschen Nationalversammlung angenommene Gesetzesvorlage über die Verurteilung von Kriegsvergehen in Pariser politischen Kreisen lebhaftes Aufsehen. Der Text des Gesetzesentwurfes ist von dem deutschen Delegierten, Frhr. v. Versner, dem Sekretariat der Friedenskonferenz überreicht worden. Wenn man indessen auch in französischen Kreisen das Vorgehen der deutschen Regierung anerkennt, so hebt man dennoch hervor, daß durch diese Aktion die Forderung der Verbündeten nicht beeinflusst werden könne. Der Oberste Rat, der in einer seiner letzten Sitzungen sich mit dieser Angelegenheit befaßte, soll sich bereits in dem oben angedeuteten Sinne entschlossen und hierbei auch den Entschluß gefaßt haben, daß die Liste der von Deutschland auszuliefernden Schuldigen, die übrigens heute noch nicht genau feststeht, unabhängig von den eventuell in Deutschland durchgeführten Verfahren aufgestellt werden soll.

Englische Willkür.

Zur Zurückhaltung unserer Flottenmannschaften.

Die Zurückhaltung der deutschen Flottenmannschaften in England sollte in der Nationalversammlung Gegenstand einer kleinen Anfrage sein. Die Antwort konnte aber nicht verlesen werden, weil beim Anruf der Anfrage die drei Unterzeichner nicht anwesend waren. Die Antwort, die die Regierung zu geben beabsichtigt, wird deshalb halbamtlich veröffentlicht. Sie enthält insbesondere den Wortlaut eines Protestschreibens, das Admiral Reuter im Oktober an Lloyd George gerichtet hat und aus dem klar hervorgeht, daß Reuter die deutschen Schiffe nur deshalb versenken ließ, weil er den Waffenstillstand für abgelaufen hielt.

Im Anschluß hieran weist die Regierung noch einmal auf den Rechtsstandpunkt hin, um auf das Bestimmteste dagegen Verwahrung einzulegen, daß der englische Lordkanzler in der Sitzung des Oberhauses vom 9. November d. J. erklärt hat, wir bestreiten unsere Verantwortlichkeit in demselben Augenblick, wo England die Instruktion erteilt habe, die die Versenkung der Flotte zur Folge hatte, wir wären Lügner, so wie wir während des ganzen Krieges gelogen hätten. Demgegenüber wird auf die der Gegnern nachgewiesenen Entstellungen Bezug genommen. Vielleicht hält es der Lordkanzler nicht für überflüssig sich auch hierzu zu äußern. Die deutsche Regierung ist nicht in der Lage gewesen, ihren Rechtsstandpunkt zu allgemeinen Rücksicht ihrer Handlung zu machen. Die Stellungnahme der Allierten, die Angelegenheit unter Vorge als ein Kriegsergebnis ihrem Machtpruch, hat uns gezwungen, den äußersten uns möglichen Erlas anzubieten. Die Regierung erwartet aber, daß unser Entgegenkommen in der materiellen Frage die Wirkung auf die Beschleunigung der Rückkehr der Besatzungen (gegen 9000 Mann, davon 1774 Scapa Flow-Deute) haben wird die die bereits seit Anfang September erfolgten mehrfachen Anträge der deutschen Friedensdelegation nicht gehabt haben.

Eine Zeppelin-Erinnerung.

Die Luftangriffe auf London und Wilhelm II.

Der ehemalige Pressereferent der Marine-Sektion des Kriegsministeriums, Oberleutnant Seliger, erzählt in einem demnächst erscheinenden Buch: „Hindenburg, der Ketter Berlins, und andere Entstellungen“, Graf Zeppelin habe im Herbst des Jahres 1915 durch einen Massenangriff sämtlicher Zeppelin-Luftschiffe auf London England zum Frieden zwingen wollen. Zeppelin habe in einer Audienz beim Kaiser Wilhelm ihm seinen Plan entwickelt, mit sämtlichen Zeppelin-Geschwadern den Angriff auf London so oft zu wiederholen, bis England um Frieden bitten müsse. Da damals die Abwehrtechnik noch nicht so weit fortgeschritten war, wäre dieser Plan nach Ansicht des Grafen Zeppelin unbedingt gelungen. Der Kaiser, erzählt Seliger weiter, der den Grafen in seinen Ausführungen mehrmals unterbrach, sagte schließlich wörtlich: „Graf Zeppelin, Sie werden die Zerstörungsangriffe auf London nicht durchführen. Es ist hinreichend, wenn, wie bisher, die militärischen Objekte der Stadt beworfen werden. Ich bin doch recht verstanden worden?“ Der Kaiser hat jedes seiner Worte scharf betont; er reichte dem Grafen die Hand und nickte mehrmals mit dem Kopfe. Als später der Fliegeroffizier Mittelmeister Graf Holz, der seinerzeit in Montenegro abgeführt, gefangen genommen und erst durch die Aktion der Kövex-Armee befreit worden war, dem Grafen Zeppelin begegnete, hatte dieser Tränen im Auge. Graf Holz hat dem Autor des Buches die Szene, wie sie hier wiedergegeben wurde, geschildert.

Pollische Rundschau.

Deutschland Reich

+ Der Reichswahlgesetzentwurf ist im wesentlichen fertiggestellt und seine Grundzüge sollen im Januar veröffentlicht werden, um allen Volkstreifen Gelegenheit zu geben, sich mit der Materie eingehend zu beschäftigen. Es dürfte eine Verkleinerung der Wahlkreise vorgesehen sein; später soll eine endgültige Vorlage ausgearbeitet werden, die dem Reichskabinet, dem Reichsrat und der Nationalversammlung zugehen wird.

+ Regelung des Ausfuhrhandels. Der Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung beriet den Entwurf einer Verordnung über die Außenhandelskontrolle in der Form, die die Verordnung im Reichsrat erhalten hatte. Ein Antrag der Sozialdemokraten auf Wiederherstellung der ursprünglichen Regierungsfassung wurde abgelehnt und die Verordnung im wesentlichen nach den Beschlüssen des Reichsrates angenommen. Die Verordnung ermächtigt den Reichswirtschaftsminister zum Verbot der Ausfuhr von Waren jeder Art mit der Wirkung, daß die Ausfuhr nur mit Bewilligung des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhr oder der sonst zuständigen Stellen erfolgen darf. Der Reichskommissar kann sein Befugnisse auf Außenhandelsstellen übertragen; die bestehenden Zentralstellen werden in Außenhandelsstellen umgewandelt. Diese sind als paritätisch aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Verbrauchern zusammengefaßt gedacht. Zur Bestreitung ihrer Unkosten können sie für die Bearbeitung von Angelegenheiten Gebühren festsetzen. Bei der Ausfuhrbewilligung wird zugunsten der Reichskasse eine Abgabe erhoben, deren Ertrag zur Förderung sozialer Aufgaben verwendet werden soll. Für Zwiderhandlungen werden Geld- und Gefängnisstrafen vorgesehen.

+ Helferrichts Geldstrafen. Der zweite Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung hat auf die Beschwerde des Staatssekretärs a. D. Helferrich beschlossen, daß in beiden Fällen, in denen eine Zeugnisverweigerung vorliegt, daß jedoch in dem zweiten Falle nicht eine Geldstrafe, sondern nur die Zwanghaft zulässig gewesen wäre, eine solche nachträglich aber nicht festgesetzt werden kann. Daher hat der zweite Ausschuß den folgenden Beschluß gefaßt: 1. Die Beschwerde wird zurückgewiesen, insofern sie sich gegen die am 15. November 1919 festgesetzte Geldstrafe richtet, da auch Gründe nicht vorliegen, die Strafe zu ermäßigen. 2. Die am 17. November 1919 verhängte Geldstrafe wird aufgehoben. — Der Beschluß ist gefaßt mit vier gegen zwei Stimmen bei einer Stimmenthaltung.

+ Eine frei erfundene Behauptung. Von zuständiger Seite wird erklärt: „Die „Zukunft“ veröffentlicht einen Brief des wegen schwerer Verbrechen verfolgten, nach Holland geflohenen Ernst Sonnenfeld. In diesem Briefe wird behauptet, daß eine sozialdemokratische Wahlpropaganda mit ihren großen Kosten von der Staatskasse bezahlt worden ist. Diese Behauptung ist frei erunden. Es sind niemals amtliche Mittel für die Wahlpropaganda irgendeiner Partei bezahlt worden. Zugleich wird eine weitere Behauptung Sonnenfelds, er habe von dem Sohne des Herrn Eckart sich erzählen lassen, daß dieser und der damalige Volksbeauftragte Scheidemann 100 000 Mark dafür ausgelegt hätten, Liebknecht und Rosa Luxemburg in den Reichstag einzuliefern zu sehen, als in vollem Umfange frei erfunden bezeichnet.“

+ Die Polen gegen die Wahlen in Danzig. Bei den jüngst stattgefundenen Danziger Stadtverordnetenwahlen (Wahlen für den Freistaat Danzig) sind die Polen, die in dieser rein deutschen Stadt nur einen sehr kleinen Prozentsatz ausmachen, natürlicherweise sehr schlecht weggekommen. Von 66 Mandaten sind ihnen nur fünf zugefallen. Darüber sind sie jetzt demassen erobert, daß sie von der Entente unter heftigen Angriffen auf den Danziger Bürgermeister und mit der Begründung, daß 2000 polnische Wähler nicht wählen durften, die Ungültigkeitserklärung dieser Wahlen fordern. Aber auch eine von der Entente anerkannte Neuwahl dürfte kein anderes Ergebnis herbeiführen, denn Danzig ist eine deutsche Stadt.

Frankreich.

+ Kein Erfolg der Londoner Besprechungen. Zahlreiche Blätter versichern, die Londoner Besprechungen hätten keine greifbaren Ergebnisse gehabt. England sei keinerlei Verpflichtung eingegangen, weder für ein Verteidigungsbündnis mit Belgien, noch für eine stärkere Sicherung Frankreichs gegen Deutschland oder die Einhaltung des Abkommens über Syrien, auch nicht über die Lösung des französischen Wechselkurses oder vermehrte Kohlenlieferung. Ebenso wenig habe das Adriaproblem Fortschritte gemacht.

Spanien.

+ Verbrüderung mit Südamerika. Die lange geplante Reise Alfons XIII. zum Besuch der stammverwandten südamerikanischen Republiken wird demnächst zur Ausführung kommen. Der Haushofmeister des Königs ist bereits in Buenos Aires eingetroffen und vom Präsidenten der Republik Argentinien empfangen worden. Die Reise des Königs von Spanien dient jenen politischen, in letzter Zeit stark aufgetretenen Bestrebungen, die eine nähere Verbindung der Staaten spanischer Nation zum Ziele haben.

Großbritannien.

+ Attentat auf den Vizekönig von Irland. In Dublin wurden auf den Vizekönig von Irland, Lord French, mehrere Schüsse abgegeben, die diesen aber nicht trafen. Die Angreifer waren 15 bis 20 Mann. Am seinem Automobil den Weg zu versperrten, hatten sie einen Wagen in die Mitte der Straße gestellt. Als das Automobil ankam, wurde ein wahrer Salve abgegeben. Der Chauffeur konnte sehr geschickt den Wagen umfahren und davonkommen. Der Wagen, der dem Automobil des Marschalls folgte, wurde durch eine Bombe fast völlig zerstört. Zimmerhü blieb der Chauffeur, der allein auf dem Wagen war, heil. Im dritten Wagen waren Soldaten, die das Feuer der Angreifer erwiderten. Im Unterhause erklärte der Staatssekretär für Irland über den Anschlag gegen Lord French, daß hinter einer Hecke hervor vier Bomben geworfen wurden. Einer der Angreifer schoß auf der Straße, die Lord French passierte. Er wurde von der Militäreskorte auf der Stelle erschossen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Ins Reichswirtschaftsministerium ist als erste Frau Frau Dr. Flora Berliner als Referentin für Sozialisierung und Arbeiterfragen berufen worden.

Kassel. Bezüglich der viel erörterten Abfindungsfrage zwischen dem Fürstenhaus Waldeck-Pyrmont und dem Volke haben Verhandlungen durch gewählte Sonderausschüsse begonnen, welche Erfolg versprechen.

Dresden. Die sächsische Regierung hat bei dem Reichspräsidenten die Aufhebung des Belagerungszustandes für Sachsen beantragt.

Nah und Fern.

o „Gehorsam“ und „ehrerbietig“ abgeschafft. Die Vereinfachung des Schriftverkehrs zwischen den Behörden ist vom preussischen Justizminister schon im Jahre 1897 angeordnet worden. Zwischen Behörden und Beamten sollen überflüssige Kurialien vermieden und Höflichkeitserwägungen in engen Grenzen gehalten, im Verkehr mit gleichstehenden oder nachgeordneten Behörden aber ganz weggelassen werden. Auch gegenüber übergeordneten oder sonst höherstehenden Justizbehörden und Justizbeamten sollen Ausdrücke wie „gehorsam“, „ehrerbietig“ und dergleichen weggelassen werden.

o Unruhen infolge der Bahnsperrung in Wien. Die verhängte Verkehrsperre hat bei ihrem Inkrafttreten große Tumulten auf den Bahnhöfen hervorgerufen. Mehrfach stürmten Menschenmengen bewaffnet auf die Bahnsteige und suchten die Abfahrt von Zügen zu erzwingen. Auf allen Bahnhöfen kam es in den Warteräumen zu den erregtesten Szenen. Frauen und Kinder schluchzten verzweifelt, viele Gepäckstücke gingen verloren. Auch auf diesem Gebiete hatten sich die Schleichhändler des Geschäftes bemächtigt und verlangten den sechsfachen Fahrpreis für Fahrkarten. Normale Züge fahrten bis 1200 Personen, es wurden aber bis 2000 Personen in einem Zuge befördert, wobei die Überzähligen auf den Dächern und Buffets saßen.

o Budapestener Sensationsgefindel. Budapestener Blätter melden über die Verhandlung gegen die Terroristen, die bekanntlich mit der Verurteilung von 14 Angeklagten zum Tode endete, daß sogenanntes besseres Publikum den Verhandlungssaal stürmte. Nach der Verlesung der vierzehntägigen Todesurteile fanden sich zahlreiche Personen aus diesem „intelligenten“ Publikum, die während der Pause zu den Verurteilten stürzten und sich Autogramme schreiben ließen.

o Britischer Dampfer mit 500 Menschen untergegangen. Nach London wird aus Saigon gemeldet, daß der britische Dampfer „Vienhing“ auf der Höhe von Barcelo mit Mann und Maus untergegangen ist. Der Dampfer hatte außer der Besatzung 530 Passagiere an Bord; nur 37 Eingeborene konnten sich retten.

o Sturm in der Nordsee. In der Obemündung bei Cuxhaven wie in der Nordsee herrschte schweres Sturm- und Wetter. Verschiedene Schiffe strandeten. An der holländischen Küste wurden Schiffsunfälle und Hochflut verursacht. Vor Omuiden ging ein Seeschlepper „Perules“ mit der ganzen Besatzung unter, und vor Scheveningen scheiterte das frühere deutsche Kriegsschiff „Silberbrand“, 4100 Tons, 1892 gebaut, das unter holländischer Flagge nach Holland geführt war, um abgebrochen zu werden.

o Die holländische Käseausfuhr steckt vollkommen, da Deutschland und Österreich, die bitteren Mangel an diesem Nahrungsmittel leiden, durch die Valutarhältnisse zu äußerster Zurückhaltung gezwungen sind. Belgien und Frankreich bekommen aus Kanada billigeren Käse, so daß Holland im Käseüberfluß erstickt. — Wo, was ist seitens der Holländer zu tun? Williger werden!

o Besser ein Spatz im Topf als gar nichts. Der Gemeinderat in Flörsheim a. M. beschloß, für jeden abgelieferten Spatz eine Prämie von zehn Pfennig zu bezahlen. Um der Fleischnot zu begegnen, erhalten die Ablieferer den Vogel, abzüglich der beiden Beine, die der Gemeinderat zurückbehält. Jedenfalls ist also die Spatenzeit vor dem Bezug nach Flörsheim zu warnen, ihre Angehörigen werden dort rücksichtslos zur Abstellung der Fleischnot verwandt.

Bunte Tages-Chronik.

Berlin. Der Berliner Gastwirtsstreik wurde Freitagabend beendet, ohne daß die Regierung den Wirten irgendwelche grundlegenden Zugeständnisse gemacht hätte.

Berlin. Es bestehen aussichtsreiche Unterhandlungen um einen Nachtzollvertrag zwischen Amsterdams und Berlin, der aus niederländischem Material besteht, einzulegen.

Berlin. Von einem Räuber wurde die 54 Jahre alte Geschäftshändlerin Schürmer überfallen und ihr 100 000 Mark geraubt.

Salz a. S. Bei dem geringen Kohlenvorrat des Gaswerkes kann nur noch von früh 6 bis 7 Uhr und nachmittags von 4 bis 6 Uhr Gas abgegeben werden. Wenn nicht bald eine wesentliche Verringerung der Kohlenzufuhr einsetzt, ist mit einer völligen Einstellung des Betriebes in einigen Tagen zu rechnen.

London. Aus Nouen wird gemeldet, daß der Flieger Str Alcock, der als erster den Atlantischen Ozean überflog, 30 englische Meilen von Nouen abgestürzt ist und schwere Verletzungen erlitten hat.

Rom. Für die hungernden Wiener Kinder hat die Stadt Rom 50 000 Lire gewidmet.

Luquano. Bei einem Konflikt zwischen Sozialisten und Carabinieri in Carteano (Toskana) schossen Carabinieri scharf. Zwei Sozialisten blieben tot, 15 schwer verletzt, fünf Carabinieri wurden durch Messerstücke und Schüsse verletzt.

Sächsische Volkshammer.

Dresden, 19. Dezember. Heute fand die letzte Sitzung der Volkshammer vor den Weihnachtsferien statt. In ihr wurde die Vorlage 94, betr. das Gesetz über die Verlängerung der Wahlbauer der Mitglieder des Landeskulturrates und des Ausschusses für Gartenbau beim Landeskulturrate, einstimmig und die Vorlage Nr. 95, betr. den Ankauf von Aktien und kurzen wechselfähiger Steinkohlenwerke, gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen. Die allgemeine Vorberatung über den Antrag Böhning (Unabh.) u. Gen., Zellerfammlungen in öffentlichen Versammlungen betr., fand nach kurzen Ausführungen des Vizepräsidenten Lipinski durch die Erklärung des Ministers Ullig, daß voraussichtlich schon morgen eine Verordnung über die Aufhebung des Verbotes von Zellerfammlungen in öffentlichen Versammlungen bekanntgegeben werde, ihre Erledigung. Im Verlaufe der Verhandlungen fand auf Vorschlag des Präsidenten und unter lebhaftem Widerspruch der Unabhängigen eine halbstündige Pause statt, in der die Fraktionen zu einer Mitteilung der Regierung Stellung nahmen, welche die Bewilligung erhöhter Teuerungszulagen für die Staatsbeamten auf die Zeit vom 1. Januar bis Ende März 1920 betraf; das Reich und Preußen hätten bereits zustimmende Beschlüsse gefaßt. Die laufenden Teuerungszulagen sollen um 50 Prozent erhöht werden. Hierzu gab am Schluß der Sitzung der Abg. Anders (D. Vp.) namens des Finanzausschusses A die Erklärung ab, daß der Finanzausschuß A von der Mitteilung der Regierung Kenntnis nehme, den Vorkauf der Beamten anerkenne, aber zur Frage der Erhöhung der Teuerungszulagen erst Stellung nehmen könne, wenn die Regierung